



**Stadt Kamen**

**Niederschrift**

**BE**

über die  
2. Sitzung des Betriebsausschusses  
am Montag, dem 10.05.2010  
im Sitzungssaal II

Beginn: 16:30 Uhr  
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Carsten Diete  
Frau Marion Dyduch  
Herr Joachim Eckardt  
Herr Klaus Gube  
Frau Petra Hartig  
Herr Peter Holtmann  
Herr Carsten Jaksch-Nink  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Reinhard Hasler  
Frau Anja Jonasson-Schmidt  
Herr Martin Niessner

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Adrian Mork

Beschäftigtenvertreter gem. § 5 Abs. 2 EigVO

Herr Uwe Fleißig

FDP

Herr Hans-Christian Henze

DIE LINKE / GAL

Herr Udo Kalle

#### Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl  
Herr Josef Jungmann  
Herr Klaus-Peter Kansteiner  
Frau Kornelia Mock

#### Gäste

Frau Tanja Grimme (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Ernst & Young GmbH, Essen)  
Herr Uwe Krebs (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Ernst & Young GmbH, Essen)

Die Vorsitzende des Betriebsausschusses, Frau **Dyduch**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Als Gäste stellte sie Frau Tanja Grimme und Herrn Uwe Krebs von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH, Essen, vor.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Vor Einstieg in die Tagesordnung sprach Frau **Dyduch** dem Betriebsleiter Herrn Baudrexl auch im Namen des gesamten Betriebsausschusses ihren besonderen Dank aus für die seit Gründung des Eigenbetriebes von ihm geleistete, hervorragende, erfolgreiche und von höchster Sachkompetenz geprägte Arbeit und Begleitung des Ausschusses. Sie hob hervor, dass Herr Baudrexl bereits in der Gründungsphase maßgeblich an der Einrichtung des Eigenbetriebes beteiligt war und seit 2001 auch als Werkleiter bzw. Betriebsleiter den Betrieb sehr erfolgreich geführt hat. Die ca. 50 durchgeführten Ausschusssitzungen seit Gründung des Eigenbetriebes zum 01.01.1999 wurden von dem Kämmerer stets kompetent begleitet und von seinen fachlich fundierten Vorträgen und Auskünften stark geprägt. Sie wünschte dem aus der Stadtverwaltung ausscheidenden Betriebsleiter nach seinem Wechsel zu den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen - Bönen – Bergkamen zum 01.07.2010 einen weiterhin sehr erfolgreichen beruflichen Verlauf und übergab ihm als Ausdruck des besonderen Dankes des Ausschusses ein Abschiedspräsent.

Herr **Baudrexl** bedankte sich für die für ihn überraschende Danksagung. Als Resümee seiner Arbeit im Betriebsausschuss stellte er fest, dass dieser Ausschuss eine Art Eigenleben führt. Statt politischer oder unsachlicher Aussagen waren die Sitzungen des Ausschusses nach seiner Wahrnehmung geprägt von einer eher angenehmen Atmosphäre mit einer sehr sachlichen, kooperativen und zielführenden Zusammenarbeit. Der Betriebsleiter wies abschließend darauf hin, dass das sehr große und ehrgeizige Engagement aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Eigenbetriebes erst die positive und erfolgreiche Entwicklung des Eigenbetriebes ermöglicht haben. Er bedankte sich deshalb auch für deren intensiven Einsatz und Unterstützung, wobei er das herausragende persönliche Engagement des technischen Betriebsleiters Herrn Jungmann für den Eigenbetrieb besonders hervorhob.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadtentwässerung Kamen	031/2010
2	Betriebsabrechnung des Jahres 2009 der Stadtentwässerung Kamen	033/2010
3	Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung an die Stadt Kamen	032/2010
4	Sachstandsbericht über die laufenden Kanalbaumaßnahmen	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.  
031/2010

Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadtentwässerung Kamen

Frau **Grimme** von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH, Essen, stellte den dem Protokoll als Anlage 1 beigefügten Jahresabschluss vor. Auftrag und Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ergaben sich aus dem Auftrag des Betriebsausschusses vom 26. November 2009 mit Zustimmung der GPA NRW, der Prüfung des Jahresabschlusses gemäß § 101 GO NRW und der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG. Die Prüfungsdurchführung erfolgte unter Beachtung der vom IDW festgestellten Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfungen. Im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes verschafften sich die Prüfer Kenntnis über die Geschäftstätigkeit sowie das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes und beurteilten das interne Kontrollsystem. Aus den Ergebnissen wurden die Prüfungsschwerpunkte Anlagevermögen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Kamen abgeleitet. Im Rahmen der Vorstellung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes wies Frau Grimme zunächst auf die Konstanz bei

der Entwicklung der Ertragslage hin (siehe Anlage 1 Seite 8). So liegt der gesamte Jahresüberschuss in 2009 (rd. 1.756 T€) lediglich 10 T€ (oder - 0,6 %) unter dem Ergebnis von 2008.

Zur Entwicklung der Umsatzerlöse (siehe Anlage 1 Seite 9) stellte die Wirtschaftsprüferin fest, dass sie im Verhältnis zum Vorjahr 2008 gestiegen sind, dies aber nur aufgrund der durchgeführten Gebührenerhöhung erfolgte. Da die tatsächlich veranlagten Frischwasserverbräuche noch stärker gesunken sind als im Wirtschaftsplan 2009 bereits veranschlagt, liegen die Schmutzwassererlöse um rd. 130 T€ unter dem Planansatz. Die realisierte Niederschlagswassergebühr übersteigt nur geringfügig den Planwert.

Bei der Erläuterung wesentlicher Aufwandspositionen wies Frau Grimme auf Folgendes hin:

**Materialaufwand:**

Der Materialaufwand in Höhe von 5.894 T€ besteht hauptsächlich aus den an den Lippeverband zu entrichtenden Umlagen und Abgaben, die sich in 2009 um 96 T€ auf 5.010 T€ erhöht haben.

**Abschreibungen:**

Die Abschreibungen wurden planmäßig nach der linearen Methode berechnet. Aufgrund der Investitionen liegen die Abschreibungen leicht über dem Vorjahresniveau.

**Finanzergebnis:**

Die Zinsbelastung hat sich nach den Investitionen der vergangenen Jahre nur unwesentlich verändert. In 2009 wurde ein abgeschlossenes SWAP-Geschäft ausgesetzt.

Zur Analyse der Vermögenslage (siehe Anlage 1 Seite 11) stellte Frau Grimme heraus, dass das Anlagevermögen, das im wesentlichen aus Abwassersammlungsanlagen besteht, insgesamt um 1.252 T€ gestiegen ist und auch der Anteil des Anlagevermögens insgesamt von 98,0 % in 2008 auf 98,4 % in 2009 gesteigert werden konnte. Für die durchgeführten Investitionen wurde ein Darlehn in Höhe von 1 Mio. € aufgenommen. Da in etwa gleicher Höhe Tilgungen gezahlt wurden, hat sich das Fremdkapital nur sehr geringfügig verändert. Der Gewinn führt zu einer Eigenkapitalerhöhung von rd. 1.757 T€, der Eigenkapitalanteil steigt von 49,8 % auf 51,5 %. Diesen Anteil bewertete die Wirtschaftsprüferin als mehr als „deutlich ausreichende“ Eigenkapitaldeckung, die auch nach der vorgesehenen Ausschüttung in Höhe von 4,7 Mio. € in 2010 eine angemessenen Eigenkapitalausstattung gemäß § 9 Abs. 2 EigVO NRW darstellt.

Zum Vergleich der Ergebnisse des Jahresabschlusses mit dem Wirtschaftsplan 2009 stellte die Wirtschaftsprüferin die wesentlichen Abweichungen vor (siehe Anlage 1 Seite 13-14) :

- Mindererlöse aus der Schmutzwasserveranlagung wegen rückläufiger Mengen,
- Minderaufwendungen bei der Unterhaltung, Reinigung und Untersuchung der Abwasseranlagen,
- geringere technische Abgänge,
- geringere Abschreibungen,
- geringere Zinsaufwendungen für Darlehen,
- höhere Auflösung von Sonderposten
- und eine Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen.

Frau Grimme führte weiter aus, dass trotz des erzielten handelsrechtlichen Jahresüberschusses das Ergebnis der Betriebsabrechnung für 2009 (siehe Anlage 1 Seite 15 – 16) eine Unterdeckung von rd. – 366 T€ ausweist, die jedoch bereits in Höhe von – 300 T€ in der Kalkulation eingeplant war. Somit verbleibt eine Unterdeckung von rd. - 66 T€.

Die Wirtschaftsprüferin schloss ihren Bericht zur wirtschaftlichen Lage mit den Kernaussagen des Prognoseberichtes gemäß Wirtschaftsplan 2010 (siehe Anlage 1 Seite 17). In diesem Rahmen wies Sie nochmals darauf hinwies, dass die geplante Gewinnausschüttung an den Kernhaushalt in Höhe von 4,7 Mio. € durch den vorhandenen Gewinnvortrag voll gedeckt wird.

Die Vorstellung des Jahresabschlusses 2009 und der Jahresabschlussprüfung wurde von der Wirtschaftsprüferin mit den folgenden wesentlichen Prüfungsfeststellungen abgeschlossen:

- Die Buchführung entspricht nach den Feststellungen der Wirtschaftsprüfer den gesetzlichen Vorschriften.
- Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes Stadtentwässerung.
- Die Darstellung und Beurteilung der Lage sowie der voraussichtlichen Entwicklung im Jahresabschluss und im Lagebericht wird von den Wirtschaftsprüfern für zutreffend gehalten.
- Es wurden keine Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sowie schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz und Satzung festgestellt.
- Es wurden keine Tatsachen, die den Bestand gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, festgestellt.

Als Prüfungsergebnis hat das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Ernst & Young GmbH dem Jahresabschluss des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen zum 31. Dezember 2009 und dem Lagebericht daher einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Mit diesen Feststellungen beendete Frau Grimme ihren Vortrag.

Die Vorsitzende Frau **Dyduch** regte an, wie bisher üblich, die beiden Tagesordnungspunkte A 1 (Jahresabschluss 2009) und A 2 (Betriebsabrechnung) gemeinsam zu diskutieren und zum Tagesordnungspunkt A 1 dann getrennt abzustimmen.

Herr **Hasler** bat um Erläuterung des hohen, negativen Marktwertes des Derivates, der Ursachen für die Mindererlöse aus Finanzerträgen und den Ursachen für die hohe Überschreitung des Ansatzes für Kanalkataster.

Herr **Baudrexl** erläuterte zunächst den ausgewiesenen Marktwert des CHF-Swaps zum 31.12.2009. Er wies darauf hin, dass die Stadtentwässerung auch ein Darlehn in Schweizer Franken hätte aufnehmen können, sich die Betriebsleitung aber dazu entschlossen hatte, die günstige langjährige Wechselkursentwicklung zwischen Schweizer Franken und EURO in Form eines Derivates zu nutzen. Wenn der Wechselkurs günstig ist, erhält die

Stadtentwässerung einen zusätzlichen Ertrag, ist er ungünstig, entstehen Verluste. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Euro schwächer geworden, so dass Verluste eingetreten wären. Die sogenannten Fixingtermine, bei denen bereits absehbar war, dass hier Verluste eintreten, wurden daher seitens des Eigenbetriebes ausgesetzt. Die Dauer der SWAP-Laufzeit verlängert sich entsprechend. Bei Verlängerung der Laufzeit können evtl. zukünftige günstige positive Finanzmarktentwicklungen insbesondere bei der Entwicklung der sogenannten Schwellenwerte genutzt werden, anstatt die Verluste zu tragen. Der Betriebsleiter führte weiter aus, dass die Banken die Marktwerte ihrer „Produkte“ nach Laufzeit und eigenen Prognosen bewerten. Bei einer vorzeitigen Auflösung des Derivates erfolgt eine Zahlung durch die Bank, wenn der Marktwert positiv ist, bei einem negativen Marktwert liegt die Zahllast in gleicher Höhe beim Kunden. Der Betriebsleiter geht davon aus, dass sich langfristig der Wechselkurs zwischen Schweizer Franken und EURO wieder auf einem Level stabilisiert, der das Derivatgeschäft zugunsten der Stadtentwässerung lenkt. Er wies abschließend darauf hin, dass der ausgewiesene Marktwert keinerlei Bedeutung für die Zahlungsströme an den Fixingterminen hat.

Herr **Krebs** ergänzte, dass sich der Marktwert der Banken aus verschiedensten Parametern zusammensetzt und der Wert des SWAPS unabhängig ist von dem zugrundeliegenden Darlehensgeschäft. Er wies darauf hin, dass bei dem derzeitigen negativen Verlauf des Sicherungsgeschäftes die Zahlungen ausgesetzt wurden.

Herr **Baudrexl** erläuterte, Bezug nehmend auf die Anfrage von Herrn Hasler, dass die Aussetzung des Swap-Geschäftes dazu geführt hat, dass keine Aufwendungen entstanden aber auch keine entsprechenden Finanzerträge erwirtschaftet werden konnten.

Auf die Frage von Herrn **Hasler** zu den Ursachen der Aufwandsüberschreitungen beim Kanalkataster antwortete Herr **Jungmann**, dass für die Entwicklung der zentralen Entwässerungsplanung umfangreiche Untersuchungen und Bestandsaufnahmen vorsorglich beauftragt wurden, um auf der Grundlagen ausreichend gesicherter Daten zu ermitteln, was zukünftig gemacht werden muss. Herr Baudrexl erinnerte daran, dass Herr Jungmann in früheren Wirtschaftsplänen stets höhere Ansätze eingebracht hatte, diese Anforderungen des technischen Betriebsleiters jedoch offensichtlich zur Kostenreduzierung zu rigoros gekürzt wurden.

Bezug nehmend auf die Unterdeckung in der Betriebsabrechnung in 2009 wies Herr **Baudrexl** darauf hin, dass bei einem Nothaushalt gebührendeckend gearbeitet werden muss. Er geht davon aus, dass die gewollte Unterdeckung in Höhe von 300 T€ für die ein Beschluss des Betriebsausschusses und des Rates vorliegt, nicht in eine spätere Kalkulation eingestellt werden muss. Ob diese Ansicht auch von der Aufsichtsbehörde geteilt wird, ist offen. Die verbleibende Unterdeckung von rd. 66 T€ ist einzustellen.

Frau Dyduch sicherte die grundsätzliche Unterstützung des Ausschusses zu, um den Ratsbeschluss zur geplanten Unterdeckung in 2009 in Höhe von 300 T€ zugunsten der Gebührenzahler durchzusetzen.

Die Vorsitzende des Ausschusses bat, die Entwicklung der Pensionsrückstellungen zu erläutern. Herr **Baudrexl** führte aus, dass sich die Pensionsrückstellung ausschließlich auf Versorgungsansprüche des ehemaligen,

beamteten Werkleiters Herrn Schlockermann, der seit einigen Jahren in den Ruhestand getreten ist, beziehen. Die Stadtentwässerung hat 40 % der Versorgungsansprüche zu tragen. Dieser Anteil wird an die Stadt überwiesen (=Inanspruchnahme), die für die Auszahlung der gesamten Versorgungsbezüge zuständig ist.

Herr **Hasler** bedankte sich für die gute Arbeit bei der im Ergebnis Punktlandungen erreicht wurden. So konnte das Eigenkapital trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten zufriedenstellend erhöht, der Aufwand gesenkt und mehr Investitionen mit eigenem Kapital finanziert werden, auch wenn nicht alles umgesetzt wurde, was geplant war. Positiv bewertete er auch, dass die Kreditaufnahme der Tilgungsrate entspricht. Das negative Ergebnis der Betriebsabrechnung um rd. 67 T€ bei gleichzeitiger Gewinnerhöhung des handelsrechtlichen Abschlusses um rd. 1.756 T€ belegt seines Erachtens deutlich, dass Reduzierungen des Eigenkapitals keine Auswirkungen auf die Gebühren haben. Herr Hasler sagte auch die Unterstützung der CDU-Fraktion zu, um dem Gebührenzahler die eingeplante Unterdeckung in Höhe von 300 T€ zukommen zu lassen. Er wies darauf hin, dass geplante Unterdeckungen zur Vermeidung von Gebührensprüngen in der Zukunft kaum möglich sind. Herr Hasler bewertete die Ergebnisse des handelsrechtlichen Abschlusses und der Betriebsabrechnung insgesamt als sehr zufriedenstellend und dankte den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Eigenbetriebes für ihre hervorragende Arbeit.

Auch Frau **Hartig** bewertete die Ergebnisse als gute, verlässliche und solide Arbeit, die auch belegt, dass die Gründung des Eigenbetriebes eine gute Entscheidung war. Zudem bezeichnete sie es als erfreulich, dass bei der geplanten Gewinnausschüttung in Höhe von 4,7 Mio. € weiterhin eine angemessene Eigenkapitalausstattung trotz des Hintergrundes eines Nothaushaltes zur Verfügung steht. Sie dankte ebenfalls den Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz. Diesem Dank schloss sich auch Herr **Mork** für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Der **Betriebsleiter** stellte fest, dass auch zukünftig keine Entlastungspotentiale für eine Stabilisierung der Gebühren in Sicht sind. Die Zusatzbelastung von 67 T€, die weitere Reduzierung der Wassermengen, bei deren Kalkulation trotz rigoroser Absenkung immer noch keine Punktlandung erreicht wurde und auch die Unsicherheiten zur weiteren Entwicklung der Lippeverbandsumlage, die ihren Scheitelpunkt voraussichtlich noch nicht erreicht hat, verstärken seines Erachtens den Druck auf die Abwassergebühren.

Herr **Hasler** bestätigte die Problemlage, dass aufgrund des hohen Fixkostenanteils das sparsame, ökologisch gewünschte Verhalten der Bürger zu einer unerwünschten Gebührenerhöhung beiträgt und die Faktoren, die zu Gebührenerhöhungen führen, kaum beeinflussbar sind. In diesem Zusammenhang fragte er nach, ob auf Grund der dem Ausschuss bekannten Körneproblematik evtl. Einfluss auf den Lippeverband genommen werden kann, um die Abwasserabgabe zu reduzieren.

Herr **Henze** fragte den Betriebsleiter, welchen Vorzug es hat, dass die Abwasserentsorgung bei der Stadt verbleibt und nicht zusammen mit den restlichen Versorgungsaufträgen von den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen Bergkamen Bönen durchgeführt wird.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass eine solche Aufgabenwahrnehmung gewählt werden kann, aber man sich dann auch die Frage stellen müsste, warum Straßenbau und Kanalbau getrennt werden, obwohl sie sachtechnisch enger zusammenhängen. Seines Erachtens ist es sinnvoll, dass Versorgungsunternehmen möglichst vor Ort anwesend sind, weil hierdurch leichtere Abstimmungen ermöglicht werden. Die Abstimmung mit fremden Versorgern gestaltet sich meist wesentlich schwieriger. Nach seinen Erfahrungen erzeugt eine Bündelung von Aufgaben wie Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Unterhaltung von Telefonnetzen und die Abwasserbeseitigung jedoch kaum Synergien. Zudem wird die Gebühr auf Grund der Umsatzsteuerlast für den Bürger steigen. Eine fundierte Entscheidung zu einer optimierten Betriebsform für die Abwasserbeseitigung sollte nach seiner Auffassung nur auf der Grundlage von rein sachlichen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten erfolgen und nicht allein auf Grund eines politischen Willens.

Bezug nehmend auf die Problematik des hohen Fixkostenanteils in Verbindung mit dem Rückgang der Frischwasserverbräuche auf Grund der demographischen Entwicklung und mit Hinweis auf die festzustellende Ausfransung der Infrastruktur informierte Herr **Mork** über ein aktuelles Forschungsprojekt, das das Fraunhofer Institut zusammen mit dem Lippeverband und 4 Modellkommunen durchführt. Das Forschungsprojekt (vorläufiger Arbeitstitel „Nachhaltige Weiterentwicklung urbaner Wasserstrukturen unter sich stark ändernden Randbedingungen“) untersucht, ob es sinnvoller ist, das aufbereitete, wertvolle Frischwasser/Trinkwasser nicht über lange Strecken bis zum Nutzer zu transportieren, sondern das verschmutzte Wasser bis an die Abnehmer heranzuführen und dezentral erst vor der direkten Nutzung aufzubereiten.

Herr **Baudrexl** bestätigte, dass der demographische Wandel und die Ausfransung der Infrastruktur starken Druck zur Gebührenerhöhung ausüben.

Bezug nehmend auf die Frage von Herrn Hasler zur Senkung der Abwasserabgabe des Lippeverbandes aufgrund der Körneproblematik berichtete der Betriebsleiter, dass die Stadtentwässerung Einspruch gegen den vorläufigen Beitragsbescheid des Lippeverbandes für 2010 eingereicht hat und der Lippeverband den Beitragsbescheid zur Zeit neu berechnet.

Er kritisierte, dass dem Lippeverband das Thema schon sehr lange bekannt ist, dieser aber erst nach dem politischen Druck durch den Betriebsausschuss in Verbindung mit der Veröffentlichung in den örtlichen Medien begonnen hat, zusammen mit den zuständigen Institutionen und Behörden geeignete Problemlösungen zu entwickeln. Insgesamt rechnet der Betriebsleiter nicht mit einer schnellen Lösung.

Frau **Hartig** berichtete, dass sie den Medien entnehmen konnte, dass die Belastung der Körne doppelt so hoch ist wie angenommen und die Grenzwerte weit überschritten werden. Sie forderte daher die Betriebsausschussmitglieder auf, weiterhin intensiv politisch Druck auszuüben, um möglichst zügig und nachhaltig den unhaltbaren, belastenden Zustand zu beenden.

### **Beschlussempfehlung:**

Die folgenden Punkte 1 und 2 werden vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW zum Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH beschlossen:

1. Der Rat der Stadt Kamen stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2009 in der vorliegenden Form fest.
2. Der Jahresgewinn 2009 von 1.756.239,63 Euro wird in Höhe von 471.244,77 Euro der Allgemeinen Rücklage zugeführt und der verbleibende Überschuss von 1.284.994,86 Euro auf das Wirtschaftsjahr 2010 vorgetragen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 2.  
033/2010

Betriebsabrechnung des Jahres 2009 der Stadtentwässerung Kamen

Der Tagesordnungspunkt wurde unter Tagesordnungspunkt 1 bereits mit diskutiert.

Zu TOP 3.  
032/2010

Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung an die Stadt Kamen

### **Beschlussempfehlung:**

Vom Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 1.756.239,63 Euro gemäß Bilanz der Stadtentwässerung Kamen zum 31.12.2009 wird ein Betrag von 1.000.000,-- Euro an die Stadt Kamen ausgeschüttet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Sachstandsbericht über die laufenden Kanalbaumaßnahmen

Der technische Leiter des Eigenbetriebes Stadtentwässerung, Herr **Jungmann**, stellte den aktuellen Sachstand zu den im Bau befindlichen Hauptmaßnahmen anhand von anschaulichen Plänen und Fotos vor:

#### Am Schwimmbad / Bahnhofstraße

Der erste Teil der Baumaßnahme umfasste die Bereiche Am Schwimmbad zwischen der Seseke und der Westicker Straße und wurde durch die Firma Hugo Schneider ausgeführt. Der weitere Baubereich umfasst das Bahnhofs- und Rathausumfeld sowie die Bahnhofstraße bis zum Sesekedamm / Abfahrt Hochstraße. Die Firma Schneider sollte im Rahmen ihres Auftrages auch ein abschließendes Bauwerk im Bereich der Mündung der Straße „Am Schwimmbad“ zur Westicker Straße errichten. Dieses Vorhaben konnte

nicht mehr durchgeführt werden, weil beim Freilegen von Versorgungsleitungen der Telekom festgestellt werden musste, dass diese nicht in der vorgegebenen Trasse verlegt wurden. Um die Kanalbauarbeiten fortzuführen hätte dies eine Vollsperrung der Westicker Straße zur Folge gehabt. Aufgrund der Bautätigkeiten am Parkhaus und in der Poststraße war eine Vollsperrung jedoch nicht möglich.

Das Bauwerk wird von der Firma Eley, die mit der Durchführung des neuen Bauabschnittes beauftragt wurde, mit errichtet. Eine große Kabelansammlung in der Westicker Straße führte ebenfalls dazu, dass die Planung, die weitere Baumaßnahme in offener Bauweise durchzuführen, aufgegeben wurde und nunmehr eine Strecke von ca. 120 m im Vorpessverfahren ausgeführt wird. Dadurch steigen die Baukosten um ca. 30 – 40 T€

Auch bei der Startgrube am Parkhaus erschwerten Leitungen die Bauarbeiten. Die Firma Eley wird parallel zu den Vorpessarbeiten in der Westicker Straße die Arbeiten im Bereich des Rathauses weiterführen, um die Baumaßnahmen zügig durchzuführen.

Nach Aussage des technischen Leiters verlaufen alle weiteren Maßnahmen planmäßig.

Auf Nachfrage von Herrn **Hasler** erläuterte Herr **Jungmann**, dass die Westicker Straße bei den Vorpessarbeiten befahrbar bleibt. Erst beim Einrichten der Zielgrube wird die Westicker Straße voll gesperrt und der Verkehr wird am Bahnhof / Kornhaus zur Westicker Straße umgeleitet.

Herr **Henze** erstaunte es, dass oftmals Kabel- und Rohrverläufe nicht bekannt sind.

Herr **Jungmann** wies darauf hin, dass vor Baumaßnahmen alle beteiligten Ver- und Entsorgungsinstitutionen sich an einen Tisch setzen und die Maßnahmen abgleichen und abstimmen, um spätere Schäden zu vermeiden. Auch geht man bei eigenen Maßnahmen mit den unbekanntem Leitungen von anderen sehr sorgfältig um, um sich nicht dauernd gegenseitig zu schaden.

Herr **Baudrexl** ergänzte, dass faktisch Pläne vorhanden sind, diese aber auch oftmals sehr ungenau sind. Daher ist eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten wichtig. Auf Grund des EDV-technischen Fortschrittes ist mittelfristig mit einer Verbesserung der Planunterlagen zu rechnen.

Herr **Fuhrmann** fragte nach, ob die starke Verringerung der Schmutzwassermengen eventuell zu Problemen im Trennsystem führen kann.

Der Technische Leiter Herr **Jungmann** erklärte, dass in Kamen überwiegend ein Mischwassersystem vorgehalten wird. Wenn sehr viele Eigentümer sich von der Niederschlagsentwässerung abklemmen lassen, kann dies dazu führen, dass zusätzliche Spülungen des Mischwassersystems durch den Kanalspülwagen durchgeführt werden müssen.

Herr **Henze** fragte nach, welche Auswirkungen die sinkenden Frischwasser-Verbräuche auf den Kanalbau und die Kanalunterhaltung haben.

Herr **Jungmann** erklärte, dass die Kanalunterhaltung im Bereich schwacher Gefälleverhältnisse intensiviert werden müsste.

Die größten Anteile an Rohrdimension entfallen auf das Niederschlagswasser. Das komplette Schmutzwasser im Stadtgebiet Kamen könnte über den mind. Durchmesser von DN 500 mm entsorgt werden. Der sinkende Frischwasserverbrauch würde beim Kanalneubau zu keinen gravierenden Kosteneinsparungen führen.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### 5.1 Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

#### 5.2 Anfragen

Herr **Holtmann** wies darauf hin, das in der Stadt vermehrt an unterschiedlichen Stellen Ratten gesichtet wurden und fragte nach, ob die Ursachen hierfür bekannt sind.

Herr **Jungmann** bestätigte, dass vermehrt Ratten auf Wanderschaft sind. Die Rattenvermehrung ist nach seinem Kenntnisstand stark abhängig von der Ernährung. Mit der Entsorgung von Essensresten und sonstigen organischen Stoffen über das Abwassersystem der Anlieger wird die Rattenpopulation auf einem sehr hohen Stand gehalten. Die Stadtentwässerung beauftragt turnusmäßig und nach Anforderung von Bürgern ein Unternehmen mit der Rattenbekämpfung.

Frau **Hartig** schlug vor, das Thema pressewirksam aufzuarbeiten und die Bevölkerung darüber zu informieren und aufzufordern, möglichst keine organischen Stoffe einzuleiten.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Dyduch  
Vorsitzende

gez. Baudrexl  
Schriftführer